

Ossingen: Stationshalterin Elisabeth Gross verdient ab 2013 nur noch 50 Franken pro GA

«Ich werde den Gürtel noch enger schnallen müssen als bisher!»

Ab 1. Januar 2013 verdienen die 14 Stationshalter in der Schweiz nur noch 50 Franken pro GA. Davon ist auch Elisabeth Gross betroffen. Die Leiterin der Bahnagentur in Ossingen steht finanziell vor einer schwierigen Zeit.

CLAUDIO COLA

Im Sommer 2011 verschickten die SBB einen Brief mit brisantem Inhalt. Adressiert war er an diejenigen 14 Personen, die in der Schweiz als Private einen Bahnhof betreiben. Der Brief verhiess nichts Gutes: Die bisherigen Verträge zwischen SBB und den 14 sogenannten Stationshaltern hätten ab dem 1. Januar 2012 keine Gültigkeit mehr, war darin zu lesen.

Auch für Elisabeth Gross, Stationshalterin in Ossingen, war dies ein Schock. «Bis dahin haben wir auf alle Billette und Abonnemente neun Prozent Provision erhalten», sagt sie. Bei den Generalabonnements (GA) verdiente Gross somit je nach Typ bis zu 460 Franken. Die Neuregelung sah nun aber ab 2012 nur noch eine Pauschale von 50 Franken pro verkauftem GA vor. Eine schlimme Nachricht für die Stationshalterin, ging sie doch damals davon aus, dass ihr mit dieser Kürzung der GA-Provision rund 16 000 Franken an Einnahmen wegfallen.

Interessengemeinschaft reaktiviert

Doch diese Ankündigungen der SBB einfach so hinzunehmen, kam für Elisabeth Gross nicht infrage. Zusammen mit acht anderen Stationshaltern aus



Blick in eine finanziell schwierige Zukunft – Elisabeth Gross an «ihrem» Bahnhof in Ossingen.

Bild: Barbara Flacher

allen Teilen der Schweiz reaktivierte sie die «IG Stationshalter». Diese Interessengemeinschaft habe es zwar zuvor bereits gegeben, sie sei in den letzten Jahren aber nicht mehr richtig aktiv gewesen, so Gross. Im September letzten Jahres war es mit der Ruhe vorbei. Die «IG Stationshalter» entsandte eine Delegation nach Bern, um mit den SBB über eine Verbesserung der Neuregelung zu verhandeln. Schon nach kurzer Zeit zeichnete sich ein erster Erfolg ab, denn die Verträge wurden zu den bisherigen Konditionen um ein Jahr bis Ende 2012 verlängert. Doch an

der Neuregelung ab 1. Januar 2013 wollten die SBB lange Zeit nicht rütteln. Besonders im zentralen Streitpunkt, der Kürzung der GA-Provision auf 50 Franken, beharrten sie auf ihrem Standpunkt. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Ein erster Teilerfolg

In der Zwischenzeit hat die «IG Stationshalter» immerhin einen Teilerfolg verbuchen können. «Die Provision für die restlichen Billette und Abonnemente wird sich ab 2013 erhöhen», sagt Elisabeth Gross. In welchem Umfang die

Erhöhung ausfallen wird, weiss sie aber noch nicht. Sie müsse erst die neuen Verträge genau durchsehen.

Eines jedoch ist heute bereits klar: Elisabeth Gross wird ab 2013, wie auch die anderen 13 Stationshalter der Schweiz, weniger verdienen als bisher. «Ich werde den Gürtel noch enger schnallen müssen.» Denn die Erhöhung der Provision auf andere Billette und Abonnemente reiche nicht aus, um die Einbussen aus dem GA-Verkauf zu decken. «Ich muss nun das Jahr 2012 noch nutzen, um Rückstellungen zu machen», erläutert Gross ihr weiteres

Vorgehen. Die ganze Sache scheint ihr nahezugehen. Kaum verwunderlich, hängt doch ihre Existenz am Job im Bahnhof Ossingen. Die Anstellung von Elisabeth Gross ist nämlich gleichzusetzen mit derjenigen einer Selbständigen. Erschwerend komme hinzu, dass sie das System, das sie für den Verkauf von Billetten und Abonnements benötigt, von den SBB mieten müsse, so Gross. Auch das Büro werde von den SBB vermietet. Zusammen mit den Kosten für die Versicherungen komme sie auf monatliche Fixkosten von rund 2500 Franken.

Mehr als elf Jahre Stationshalterin

Viele der Kunden, die den Bahnhof in Ossingen betreten, bemerken vermutlich keinen Unterschied zu einem normalen Billettschalter der SBB. Vielleicht auch deshalb lösen viele Passagiere ihre Billette am Automaten. Von diesen Verkäufen gehe aber ein deutlich kleinerer Betrag an sie als bei Direktverkäufen am Schalter, erklärt Elisabeth Gross.

Einen kleinen Unterschied gebe es aber dennoch, so Gross. «Ich trage keine SBB-Uniform.» Trotzdem vertrete sie die SBB. Und dies mache sie trotz schwindender Einnahmen nach wie vor sehr gerne. Vor allem der Kontakt zu den Mitmenschen bereite ihr täglich Freude. «Die Kunden ihrerseits schätzen den Service am Bahnhof», weiss sie. Viele Personen aus der Laufkundschaft seien zu Stammkunden geworden. Seit über elf Jahren arbeitet sie in Ossingen als Stationshalterin – und hofft, auch in den kommenden Jahren davon leben zu können.

Truttikon: Zweidrittelmehrheiten im zweiten Anlauf für die Voranschläge und Steuerfüsse der Primarschulgemeinde und Politischen Gemeinde

Die Truttiker gingen dann doch nicht auf tutti

Schliesslich schien die Mehrheit der Truttiker etwas über ihren eigenen Mut erschrocken zu sein. So stimmte sie am Donnerstag den gleichen Budgets und Steuerfüssen zu, die sie Ende November noch zurückgewiesen hatte.

MARKUS BRUPBACHER

Nicht nur die Budgets und Steuerfüsse der Primarschulgemeinde und Politischen Gemeinde blieben dieselben, sondern auch das Hauptargument: Ohne den Maximalsteuerfuss gibt es vom Kanton keinen Übergangsausgleich; stattdessen müsste das Eigenkapital verbraten werden. «Das wäre verantwortungslos», so Finanzvorsteher Sergio Rami.

Rückerstattung durch Einsparung

Bei der Frage der Zusammenarbeit oder gar Fusion mit anderen Schulgemeinden liefen bereits Gespräche, so Rami. Auch seien die Budgetgespräche für 2013 schon auf März angesetzt worden. Zudem habe das kantonale Gemeindeamt signalisiert, dass neu auch die Sekundarschulgemeinde am Übergangsausgleich teilhaben könnte. Der

von Alt-Gemeindepräsident Jörg Denzler und Rechtsanwalt Martin Breitenstein präsentierte Antrag sah zwar auch den Maximalsteuerfuss vor, um den Übergangsausgleich vom Kanton zu erhalten. Doch hätten die Steuern nicht um neun, sondern nur um vier Prozent erhöht werden sollen. Die fehlenden fünf Steuerprozent hätten bei geplanten Sanierungsarbeiten der Primarschule und der Politischen Gemeinde eingespart und die Einsparungen den Steuerzahlern zurückerstattet werden sollen. Diese Rückerstattung von 33 000 Franken hätte als Voranschlagskredit für die Standortförderung in das Budget 2012 aufgenommen werden sollen.

«Ein erneutes Nein zu den Budgets wäre ein Witz, ein Lacher.» RPK-Mitglied

«Ein kreativer Vorschlag»

«Es ist mir bewusst, dass wir in einer Grauzone operieren», so Breitenstein. Doch die Juristerei sei nie schwarz oder weiss, «sonst gäbe es ja nicht mehrere Gerichtsinstanzen», so der Rechtsanwalt. Er stuft das Risiko als relativ klein ein, dass bei einem Ja zum Antrag der Übergangsausgleich ganz gestrichen würde. Zumal es den Kanton «keinen

Rappen mehr kostet». Nach der Ankündigung des «unorthodoxen Antrags» in der «Andelfinger Zeitung» holte der Truttiker Gemeinderat beim kantonalen Gemeindeamt Auskünfte ein. Laut dem Amt dürfen zu diesem späten Zeitpunkt keine neuen Ausgaben (Voranschlagskredit für Standortförderung) budgetiert werden; diese hätten vorgängig eingereicht werden müssen. Zudem sei die geplante Umverteilung (Rückerstattung) rechtswidrig. Aus diesen Gründen wies der Gemeinderat den Antrag zurück. Ungewöhnlich äusserte sich die Rechnungsprüfungskommission (RPK). Ein Mitglied sagte, die RPK müsse den Antrag von Denzler und Breitenstein «aus formellen Gründen» zurückweisen, obwohl sie ihn «kreativ» finde. Darüber hinaus mache man sich damit bloss «lächerlich beim Kanton».

«Halt ein Budget aufkrotzieren»

Wenn man keine Budgetdetails mehr ändern dürfe, entgegnete Breitenstein, dann werde Truttikon degradiert zu einem «Verwaltungsdistrikt französischen Zuschnitts». Es sei ihm egal,

wenn es heisse, dass man sich mit einem erneuten Nein lächerlich mache. Dann müsse halt der Bezirksrat «uns ein Budget aufkrotzieren. Wir brauchen nochmals ein Nein, nochmals ein Signal an den Kanton – wir verlieren ja nichts dabei.» Dieser Einschätzung widersprach Sergio Rami. Eine erneute Ablehnung der Budgets und Steuerfüsse werde «mit Sicherheit» bedeuten, dass der Bezirksrat den Steuerfuss auf das Maximum von 122 Prozent festsetze.

Furcht vor 121-Prozent-Steuerfuss

Jörg Denzler forderte die Truttiker auf, Nein zu sagen, «da wir ja sowieso nichts zu sagen haben». Auch das RPK-Mitglied nahm erneut Stellung. Man solle jetzt nicht auf diesem Weg «die Wut rauslassen», das wäre ein «Witz, ein Lacher». Erzürnt stand daraufhin ein Truttiker auf: «Ein Lacher ist diese Abstimmung! Wenn alle immer Ja und Amen sagen würden, gäbe es die Demokratie schon längst nicht mehr.» Das erste Signal nach Zürich sei gut gewesen, so Gemeindepräsidentin Jolanda Derrer, aber «irgendwann ist genug». So etwas wecke bei ihm vielmehr «demokratische Ablehnungsreflexe», entgegnete Breitenstein. Schliesslich

stimmten die 70 Stimmberechtigten beiden Budgets samt Steuerfuss mit je einer Zweidrittelmehrheit zu. Entscheidend für diese Zustimmung war wohl die Befürchtung, «der Bezirksrat könnte uns einen Steuerfuss von 121 Prozent aufs Auge drücken», so ein Truttiker; das hätte bedeutet, dass Truttikon wegen nur einem Prozent der komplette Übergangsausgleich von 207 800 Franken pro Jahr gestrichen worden wäre.

Ganze Diskussion losgetreten

Nach der Gemeindeversammlung wirkte Martin Breitenstein aufgeräumt. Natürlich hätte er sich über eine erneute Ablehnung gefreut, doch sei er mit dem Erreichten auch zufrieden. Er könne für sich in Anspruch nehmen, die ganze Diskussion losgetreten zu haben.

Am Vorabend der Gemeindeversammlung sei er von den Truttiker Behörden kontaktiert worden, so Breitenstein. Unmittelbar vor der Versammlung habe ihn der Gemeinderat gefragt, ob er den Antrag zurückzuziehen aufgrund der Unverträglichkeit mit dem übergeordneten kantonalen Recht. Man habe ihn «knebeln wollen», so Breitenstein augenzwinkernd.